

## Wie hoch liegen die Ausstiegskosten für Abschnitt II bei Fertigstellung des Abschnitts I wirklich?

Angabe der SPD	Kritische Würdigung und Bemerkungen	Kosten: SPD-Worst- case - Szena- rio	Kosten: Realistische- Annahme
Schadensersatzkosten Baufirmen (20% der noch offenen Vertragssumme von 159,2 Mio)	<p>1. Von der Summe können die Grunderwerbskosten abgezogen werden, weil hier ein nutzbarer Gegenwert vorliegt, die Eigentümer noch gar nicht verkauft haben oder sogar an einer Rückabwicklung des Kaufs Interesse haben. Offene Vertragssumme daher nur: 156,5 Mio. €</p> <p>2. Wurden die Verträge nach der VOB geschlossen? Diese regelt die Vertragsbedingungen bei öffentlichen Bauaufträgen. Wenn dem so wäre, liegen die Schadensersatzkosten nach VOB in Verbindung mit dem BGB in der Größenordnung von 5%, je nach Nachweis der bis dato entstandenen Kosten. Firmen versuchen natürlich mehr herauszuholen, was bei Nachweis auch gelingt. Deshalb Annahme: 6%</p> <p>Wurden die Verträge, wie auf der Homepage von Eveline Lemke zu lesen ist mit „horrenden Vertragsstrafen“ versehen, ist zu prüfen, inwieweit die SPD-Landesregierung die Strafen willkürlich hochgetrieben hat, um einen Ausstieg unmöglich erscheinen zu lassen. In diesem Fall wurde die Sorgfaltspflicht und das Wirtschaftlichkeitsprinzip beim Umgang mit öffentlichen Geldern verletzt. Die Auftragsverwaltung wäre nicht sachgemäß erfolgt. Die SPD ist zur Rechenschaft zu ziehen.</p>	31,8 Mio.	9,4 Mio.
Mehrkosten wg. Erdmas- sendeponierung (Über- schussmassen des 1. Bau- abschnitts sollten in den zweiten eingebaut wer- den)	Wenn der zweite Bauabschnitt nicht gebaut wird, müssen da auch keine Erdmassen eingebaut werden. Die Kosten des ersten Bauabschnitts wurden von UTMS-Lizenzgewinnen getragen. Sollten dort überflüssige Erdmassen sein, ist deren Verlagerung den Kosten des ersten Bauabschnitts zuzuschreiben und damit für die vorliegende Betrachtung irrelevant.	rund 7 Mio.	0
Rückbau des 2. Bauab- schnitts (ca. 20% (Schät- zung) der Ist-Ausgaben)	Man könnte, auch wenn es ökologisch und verkehrlich unsinnig ist, auf den Rückbau verzichten.	4,1 Mio.	0
Bisher getätigte Ausgaben	Von den bisher getätigten Ausgaben (31,6 Mio.) können der Grunderwerb (11,2 Mio.) und die Verpflichtungen zum Grunderwerb (2,7 Mio.) mit den selben Gründen wie in der ersten Zeile dargelegt, abgezogen werden.	31,6 Mio.	17,7 Mio.
Kosten Überdimensionie- rung des 1. Bauabschnitts	Wenn das die Regressforderung von Ramsauer sein soll, steht sogar in dem SPD-Papier selbst, dass es nur „eventuelle Regressforderungen“ sind. Die gesamte Strecke der A60 in Deutschland ist überdimensioniert. Sie hat nie die prognostizierten Erwartungen erfüllt, heute liegt die Auslastung bei ca. 12000 Fahrzeugen. Die Bundesregierung müsste also beweisen, dass die geringere Auslastung gegenüber den Prognosen am fehlenden Hochmoselübergang liegt und nicht an der mangelhaften Auslastung des „Zubringers A60“, an der fehlenden verkehrstechnischen Bedeutung der A60.	20,3 Mio.	0
<b>Kosten</b>		94,8 Mio.	27,1 Mio.

<b>Ersparnisse</b>		
Landesmittel zum Bauvorhaben	k.A.	20 Mio.
Maßnahmen in der Region, die dazu dienen sollen, die zu erwartenden wirtschaftlichen Nachteile im Tourismus und Weinbau auszugleichen. Die Rede war von Kompensationen für Gastronomie und Hotellerie, von einer Tourismus-Konzeptrealisierung, welches von Fachhochschülern/innen in Bingen erarbeitet wurde. Geprüft werden sollten Bewässerungsanlagen für die Weinlagen oberhalb der Trasse.	k.A.	?
Aktuelle Forderungen ansässiger Bürgermeister und Politiker: Illumination für die Brücke, ein neues Gemeindehaus, Hochwasserschutzdämme.... Die Forderungen niemals enden, da durch die Maßnahme ja tatsächlich und dauerhafte wirtschaftliche Schäden angerichtet werden.	k.A.	niemals endend
Steuereinnahme-Verluste beim wirtschaftlichen Standbein dem Tourismus sind ebenso zu erwarten. Aktuelle Wertschöpfung ca. 180 Mio €, über 5000 vollzeitadäquate Arbeitsplätze, d.h. jeder 4. Einwohner lebt davon.	k.A.	?
Internationaler Imageverlust beim deutschen Wein	k.A.	nicht bezifferbar
Weiter notwendige unabhängige Gutachten: Lateralbewässerung, Erdbebensicherheit/Hangstabilität bei Brückenpfeilergründung... (könnte allerdings auch sein, dass die der Bund übernehmen müsste. Lage unklar. Ist auf jeden Fall der Steuerzahler.	k.A.	?
<b>Ersparnisse</b>	k.A.	<b>&gt;&gt; 20 Mio. €</b>
<b>Gesamtbilanz für Rheinland-Pfalz bei einem sofortigen Ausstieg</b>		<b>Positiv</b>